

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

№ 265.

Erscheint jeden Montag Abends 7 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

38. Jahrgang.
Sonntag, den 14. November.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

Der serbisch-bulgarische Konflikt.

Die Konferenz in Konstantinopel hat in ihrer Montags-Sitzung von Neuem die Rechte des Sultans auf Bulgarien und Rumelien anerkannt, aber durchaus nicht angegeben, in welcher Weise diese Rechte gewahrt werden sollen. Während Rußland nach wie vor daran festhält, daß die bulgarische Union rückgängig gemacht werden müsse, hat England am Montag die Einsetzung einer Subkommission vorgeschlagen, welche die Wünsche der rumelischen Bevölkerung erforschen soll. Die Bulgaren, welche die Uneinigkeit der Mächte sehen, von dem englischen Volke täglich Sympathiebezeugungen erhalten und die Türkei zu einer Verständigung geneigt glauben, hoffen jetzt mehr als je auf die schließliche Anerkennung der bulgarisch-ostromelischen Union. Fürst Alexander richtete persönlich an den Sultan einen Brief mit der dringenden Bitte, nichts Militärisches gegen die Bulgaren zu unternehmen, bevor durch unmittelbare Verhandlungen eine friedliche Lösung versucht sei, an deren Gelingen, falls nur die türkischen und bulgarischen Interessen in Betracht kämen und keine fremde Hand während eingreife, nicht zu zweifeln wäre. Würde sich die Türkei zu einer Anerkennung der bulgarischen Vereinigung entschließen, dann könnte den Serben eine vereinigte bulgarisch-türkische Armee entgegengestellt werden und dieselben würden, vielleicht nach einigen empfindlichen Niederlagen, zum Aufgeben ihres Widerstandes gegen die Union gezwungen. Der Sultan soll, wie es heißt, nicht abgeneigt sein, sich mit den Bulgaren gütlich auseinanderzusetzen, da er fürchtet, eine weitere und andauernde Verwicklung der Balkanfrage könnte schließlich doch die Russen gegen ihn ins Feld führen, was das Ende der türkischen Herrschaft in Europa bedeuten würde. Die von dem englischen Premierminister Salisbury in der Londoner Guildhall hingeworfene Aeußerung, es könnte bald eine Zeit kommen, in welcher Bulgarien, Serbien und Griechenland vereint gegen die Türkei kämpfen würden, hatte wohl keinen anderen Zweck, als den Sultan zur Nachgiebigkeit gegen die Bulgaren zu stimmen, denen in Wirklichkeit die Serben weit verhaßter sind, wie die Türken.

In den letzten Tagen wurde der „Agence Havas“ aus Sofia eine ganze Reihe von mit Blutvergießen verbundenen Grenzverletzungen gemeldet, welche die serbischen Truppen im Gebiete von Trn und bei Kustentze verübt haben sollten. Alle diese Vorgänge wurden jedoch von Belgrad aus entschieden in Abrede gestellt und wiederholt versichert, daß König Milan jede kriegerische Aktion vermeiden werde, so lange die Vertreter der Mächte in Konstantinopel zu keiner Entscheidung gelangt seien. Jedemfalls herrschen an der serbisch-bulgarischen Grenze Zustände, die es den europäischen Diplomaten unmöglich machen werden, die im Rollen befindliche Kugel aufzuhalten. Niemand wird sich wundern dürfen, wenn das kleine Serbien den Muth haben sollte, das Signal zum offenen Kampfe zu geben. Die dem Fürsten von Bulgarien von dem russischen Zaren zugefügte schwere Kränkung und die Aeußerungen des Grafen Kalnoth in der österreichischen und ungarischen Delegation müßten die Serben glauben machen, bei einem Angriff gegen Bulgarien einen Rückhalt an Rußland und Oesterreich-Ungarn zu haben. Graf Kalnoth hat zwar die friedliche Beilegung des Konflikts als das Ziel der österreichischen Politik bezeichnet, aber gleichzeitig versichert, daß Oesterreich das Interesse Serbiens nicht aus den Augen lassen werde. In Serbien habe man sich von oben herunter und von unten herauf gegen eine Vergrößerung Bulgariens gewehrt, was der Leiter der auswärtigen Politik der österreichisch-ungarischen Gesamtmonarchie ganz natürlich zu finden schien.

Anderer Meinung war der bisher jenseits des Leithafusses höchst einflußreiche Czechenführer Rieger, der in der österreichischen Delegation die Orientpolitik Kalnoth's einer scharfen Kritik unterzog. Er meinte, nachdem König Milan in Wien Schutz gefunden, habe die serbische Presse sich befreit zu erwarten. Er wolle gern glauben, daß man Serbien keine Garantie angeboten und nicht zu Rüstungen gerathen habe, müsse aber fürchten, daß die auswärtigen Mächte ein solches Mißtrauen hegen. Rieger erklärte den Berliner Vertrag für ganz verfehlt, da bei demselben England nur eine Demüthigung Rußlands beabsichtigte. Nach seiner Ansicht wird der franke Mann am Bosphorus bereits in wenigen Jahren ausgelebt haben und die Aufrollung der orientalischen Frage durch Oesterreich nicht lange mehr zu verhindern sein. Niemand könne bei der jetzigen Frage be-

zweifeln, daß Widdin, Nisch, Pirot bulgarisch seien. Graf Kalnoth ließ sich in eine Widerlegung dieser mit kategorischen Folgerungen versehenen Darlegung nicht ein, sondern erklärte nur ausdrücklich, daß er Serbien von jeder Aktion abgerathen und keinesfalls irgend etwas zugefagt habe. Trotzdem steht fest, daß Graf Kalnoth's auswärtige Politik eine russenfreundliche und keine dem Bulgarenfürsten günstige ist. Die offiziellen Wiener Organe haben rückhaltlos erklärt, daß jede Auflehnung des Bulgarenfürsten gegen den Willen der Mächte für denselben eine Existenzfrage einschließen werde. Sie haben ferner die dem Fürsten Alexander von dem Zaren durch die Streichung aus den Listen der russischen Armee zugefügte Kränkung begreiflich gefunden, da sich Fürst Alexander nicht nur einen Bruch der Verträge zu Schulden kommen ließ, sondern auch den Zaren durch Nichterhaltung seiner persönlichen Verpflichtungen schwer verletzete. In Wirklichkeit ist man in Petersburg besonders darüber empört, daß der ehemals der russ. Armee angehörige frühere Prinz von Battenberg mit den russischen Offizieren in Bulgarien wenig Federlesen machte und sich über die Letzteren sehr bitter aussprach, als sie auf höheren Befehl seine Dienste wieder verließen. Der russische Minister von Siers soll die größte Mühe gehabt haben, den Wuthausbruch des Kaisers von Rußland zu mäßigen, der ebenso wie die gesammten russischen Militärkreise Bulgarien nur für eine Art von russischem Versallenstaat angesehen hatte, bis ihn die ohne sein Wissen urplötzlich in Szene gesetzte Erhebung in Ostrumelien eines Andern belehrte. Bei der überaus feindseligen Stimmung Rußlands gegen den Fürsten Alexander scheint die aufgetauchte Behauptung, die plötzliche Entlassung des fürstlichen Kommissars für Ostrumelien, Dr. Stransky, sei auf russischen Antrieb erfolgt, nicht recht glaubhaft. Dr. Stransky mißbrauchte angeblich seine jetzige einflußreiche Stellung, um sich durch Unterschleife Reichthümer zu erwerben. Nach der Beseitigung dieser zweifelhaften Persönlichkeit beherrscht der bulgarische Minister Karawelow erst recht die Lage in Philippopol und von diesem zähen Staatsmann ist um so weniger eine Unterwerfung unter den Willen Rußlands zu erwarten, als er von den unter den Vorkämpfern der Mächte vorhandenen Meinungsverschiedenheiten auf das Genaueste unterrichtet ist.

Etwas Anderes wäre es, wenn wenigstens zwischen Rußland, Deutschland und Oesterreich über die bulgarisch-ostromelische Angelegenheit ein festes Einverständnis vorhanden wäre, was thatsächlich nicht der Fall ist. Seit den Tagen von Kremser ist überhaupt der Antheil, den die deutsche Politik an Rußlands Freuden und Leiden nimmt, nicht mehr so groß wie unmittelbar nach der Dreikaiser-Zusammenkunft in Sterniewize. Man sagt in Berlin den rumelischen Staatsstreich und das Gebahren des Bulgarenfürsten lange nicht so bitter auf wie in Petersburg, Wien und Belgrad. Trotz des russischen Vorgehens beleidet Fürst Alexander nach wie vor à la suite der deutschen Armee eine höchst ehrenvolle Stellung. Die deutsche Reichsregierung nimmt in neuerer Zeit sehr große Rücksicht auf das englische Kabinett Salisbury, welches nicht nur der deutschen Kolonialpolitik bedeutenden Vorschub leistet, sondern auch in dem noch völlig unausgeglichenen deutsch-spanischen Konflikt treu zu Deutschland steht. Fürst Bismarck hat seinen tüchtigsten Diplomaten, den bisherigen Staatssekretär Grafen Hatzfeldt, als Botschafter nach London gesandt und ist derselbe dort von allen Seiten vertrauensvoll begrüßt worden. Ohne besondere Sympathien für den auf dem schwankenden bulgarischen Thron sich sicher recht unbehaglich fühlenden Battenberger zu empfinden, glaubt der deutsche Reichskanzler für denselben ein Fürwort nicht sparen zu dürfen, da nicht nur die Königin von England ein so warmes Interesse für den Bulgarenfürsten empfindet, sondern die ganze englische Nation dessen Erhaltung als Ehrensache ansieht. Zunächst sucht Deutschland im Interesse des Weltfriedens nur zwischen Rußland und England zu vermitteln, da auch ohne den bulgarisch-ostromelischen Fall noch von dem zentralasiatischen Grenzstreit genug Bündnistoff vorhanden ist. Der englische Premierminister Salisbury hat das Letztere zwar bei dem letzten Bankett in der Londoner Guildhall bestritten, würde sich aber sehr bald zu seinem eigenen Nachtheile von der gründlichen Russenfeindschaft seiner Landsleute überzeugen, wenn er den battenbergischen Fürsten von Bulgarien schwachherzig den Russen opfern wollte. Das Wohlwollen von englischer und deutscher Seite dürfte unter den jetzigen Verhältnissen den Bulgaren nur so weit nützen, daß die Türkei und Rußland voraussichtlich von einer bewaffneten Intervention

in Ostrumelien absehen dürften. Gegen einen Angriff von serbischer Seite müssen sich die Bulgaren aber selbst schützen und wird ihnen eine gründliche Bluttaufe durch die kampf-lustigen serbischen Truppen nicht erspart bleiben. Selbst in dem wahrscheinlichen Falle ernstlicher Niederlagen dürfte aber die Vereinigung Bulgariens mit Ostrumelien unangefastet bleiben und höchstens dem neugeeinten Staate ein Landestheil verloren gehen, auf den Serbien unverkennbar Ansprüche macht und den es Dank der eigenthümlichen Orientpolitik des österreichisch-ungarischen Ministers Kalnoth auch erringen wird. Aehnlich wie Italien einst selbst nach verlorenen Schlachten, Dank der österreichischen Politik, wiederholt einen Länderzuwachs erhielt, kann der kleine serbische Staat bei dem jetzigen Wirrwarr auf der Balkanhalbinsel und der Uneinigkeit der Mächte durch eine scheinbar waghalsige Unternehmung gegen Bulgarien nur gewinnen.

Tageschau.

Freiberg, den 13. November.

Dem deutschen Bundesrathe ging ein Gesetzentwurf zu, welcher die Ausübung der Gerichtsbarkeit in den neuen deutschen Schutzgebieten regelt und die Mitwirkung der deutschen Behörden bei Ausübung der Gerichtsbarkeit und die hierbei zur Anwendung kommenden Vorschriften des bürgerlichen Rechts und Strafrechts feststellt. — Die Reichsanleihe für 1886 wird einschließlich der für den Zuschuß zu dem Hamburger Zollanschlusse bestimmten 4 Millionen 39 Millionen Mark betragen; davon werden 10 Millionen für das Heer und 25 Millionen für die Marine verwendet werden. Das Reichsschatzamt veranschlagt die Ueberweisungen aus den Zöllen und der Tabaksteuer an die Einzelstaaten auf 128,6 Millionen (43620 000 mehr als im Vorjahre) und Stempelabgaben auf 22 375 000 Mark (9,9 mehr als im Vorjahre in Folge der Börsensteuer). — Der preussische Finanzminister Scholz ist gestern nach Friedrichruhe zu dem deutschen Reichskanzler gereist, der durchaus nicht die Absicht hat, zur Eröffnung des Reichstages nach Berlin zurückzukehren. Nach einer der „Magdeburger Zeitung“ gewordenen Mittheilung wird Fürst Bismarck vielmehr seine Rückkehr nach Berlin so weit hinauschieben, als irgend möglich. Ueber die laufenden Angelegenheiten, die seiner Mitwirkung bedürfen, ihn fortwährend zu orientiren und ihm Gelegenheit zu geben, Stellung zu denselben zu nehmen, dazu genügt der unausgesetzte Brief- und Depeschenverkehr zwischen dem Reichsamte des Innern und dem Fürsten; es liegt aber keine Frage vor, für welche es seiner persönlichen Anwesenheit in Berlin bedürfte. Auch die Verhandlungen des Reichstages dürften, wenigstens in der ersten Zeit, für seine Rückkehr keinen Anlaß bieten. Vor der Hand wird die Thätigkeit des Reichskanzlers vollauf von der auswärtigen Politik in Anspruch genommen. Wenn er seinen Wohnsitz fern von der Reichshauptstadt hat, entgeht er den vielfachen Störungen persönlicher und amtlicher Art, welche dort während seines Aufenthaltes unvermeidlich sind.

Das bekannte Organ des Fürsten Bismarck, die „Nordd. Allg. Ztg.“, ergeht sich seit einigen Tagen in heftigen Angriffen gegen das Urtheil des Landgerichtes zu Halle, welches die Diäten-Klage des Fiskus gegen Hasencleber zurückgewiesen hat. Das offiziöse Blatt behauptet, dieses Urtheil verstoße gegen eine der fundamentalsten Bestimmungen der Reichsverfassung, welche aus einem Kompromiß hervorgegangen sei. Ein Abgeordneter, der Privat-Diäten annehme, verlege jenes Ueber-einkommen und breche die Verfassung.

Rangels jeder Nachricht über den letzten Aufenthalt der als verloren betrachteten Kriegskorvette „Augusta“ konnte bisher nicht einmal bestimmt werden, in welchem Theile des Indischen Ozeans — oder ob in diesem überhaupt und nicht vielleicht in einem ganz andern Gewässer, wohin die „Augusta“ durch widrige Stürme und Gavarie verschlagen wurde — das Fahrzeug untergegangen ist. Um solche Uebelstände fernzuhalten zu vermeiden und um durch sichere Nachrichten den jedesmaligen Aufenthalt eines Schiffes wenigstens annähernd ermitteln zu können, hat der Chef der Admiralität durch Erlass vom 19. v. M. bestimmt, daß von den deutschen Kriegsschiffen fortan regelmäßige Reiseberichte eingehendet werden müssen. — Zu den Grunderwerbstkosten für den Rhein-Ems-Kanal hat die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft 100 000 M. mit der Bedingung gezeichnet, daß der Kanal in der ganzen Ausdehnung bis zum Rhein hin zur Ausführung gelange. Die übrigen Bechen wollen 900 000 M. aufbringen, so daß neben der von der Bergwerksgesellschaft des Oberbergamtsbezirks Dortmund in Aussicht genommenen Summe die zweite Million der Regierung für den Erwerb des Grund und Bodens zur Verfügung gestellt werden kann.